



Regionale Wirtschaftspolitik für Neustadt

Publiziert am 21. Mai 2011 von Sternbeck.info - Team



Bürgermeisterkandidat Sternbeck mit Kindler (MdB, Bündnis 90 / Die Grünen)

Immer mehr Kommunen stecken in der Krise: Knappe Kassen lassen nur noch wenig Handlungs- und Gestaltungsfreiraum für Stadträte und Verwaltungen. Wie Neustadt sich dennoch weiterentwickeln kann und was auf Bundesebene getan werden muss, um den Kommunen wieder ein Stück Lebendigkeit zurückzugeben, erläuterte

Sven-Christian Kindler von Bündnis 90 / Die Grünen. Auf der Veranstaltung des Ortsverbandes forderten Kindler und Bürgermeisterkandidat Sternbeck, den Mittelstand zu stärken. Besonders für kleingewerbliche Betriebe müsse entbürokratisiert werden. Um diese Entwicklung abzusichern, sollte ein Mindestlohn deutschlandweit eingeführt werden, sind sich Kindler und Sternbeck einig. Der Mindestlohn verhindere einen Dumpingwettbewerb und bringe auch die Servicequalitäten kleinerer Unternehmen mehr zur Geltung. Kommunale Kooperationen können helfen, in der Region Fachkräfte zu qualifizieren und in zu helfen.

Das Hauptaugenmerk sollte aber darauf liegen, so Kindler, den Unternehmen Planungssicherheit und Kontinuität, gerade im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz, zu gewährleisten.



Arbeitgeber vor Ort würden eine Stadt attraktiv machen – besonders für junge Schulabgänger. Gerade kleine und mittlere Unternehmen bieten die meisten Ausbildungsplätze in Deutschland an. Wenn die Stadt in Kita- und Krippenplätze investiert, werde sie für Fachkräfte attraktiver, die sich ansiedeln möchten. Dies ist ebenfalls eine Möglichkeit, sich im Wettbewerb um Fachkräfte gegen andere Städte durchzusetzen, eine positive Ansiedlungsquote und eine beständige regionale Wirtschaft zu schaffen. Auch Weiterbildungsangebote spielen eine immer wichtigere Rolle. Gewerkschaften, Handwerkskammern, IHKs usw. sind dabei Bündnispartner.

Um in Kita, Kindergärten und Ähnliches zu investieren, seien aber Einnahmen wie zum Beispiel durch die Gewerbesteuer aber unabdingbar. Insgesamt müsse den Städten wieder mehr Handlungsspielraum ermöglicht werden und dies gelinge nur, so betont Sternbeck, durch höhere Einnahmen.

Von der Idee, Geld durch Privatisierung der Daseinsfürsorge zu sparen hält Sternbeck nichts. „Es ist doch schon lange bekannt, dass privatwirtschaftliche Unternehmen nur dort investieren wo sie auch Geld verdienen können. Auf Dauer würde dieses Handlungsprinzip zu schweren Missständen bei der Infrastruktur führen.“

Weitere Informationen zum Thema "regionale Wertschöpfung" gibt es [hier](#).

unter www.unendlich-viel-energie.de:

Regionale Wertschöpfung durch die Nutzung Erneuerbarer Energien

Regionale Wertschöpfung umfasst alle in einer Region erbrachten wirtschaftlichen Leistungen. Werden neue Erneuerbare-Energien-Anlagen ausgebaut, kommt dies direkt den betreffenden Gemeinden und Regionen zu Gute. Handwerksbetriebe erhalten mehr Aufträge, Umsatz und Gewinn steigen. Höhere Steuererinnahmen für die Kommunen und neu geschaffene Arbeitsplätze sind die Folge. Unternehmen wie Kommunen profitieren gleichermaßen. Diese und weitere Effekte werden als regionale Wertschöpfung bezeichnet und sollen in diesem Hintergrundpapier erläutert werden.

Inhalt:

- Definition regionaler Wertschöpfung
- Die Wertschöpfungskette Erneuerbarer Energien
- Vermeidung von Importkosten für fossile Brennstoffe
- Mehreinnahmen entspannen kommunale Haushalte
- Jobmotor Erneuerbare Energien
- Das Bioenergie-dorf Mauerheim – Vom Konsumenten zum Produzenten
- Rückkauf der Stromnetze schafft neue Einnahmequelle
- Anwendungs- und Rechenbeispiele nach Sparte

Dateien:

- [21_Renews_Spezial_Regionale_Wertschoepfung_de2009_online.pdf](#)
- [Rea-Wertschoepfung-Faktoren.jpg](#)